

Frieden in der Ukraine wird das EU-Establishment zerstören

Das Ende des Krieges wird den Block nicht weniger erschüttern als der Krieg selbst und die unterdrückte Neue Rechte an die Macht bringen.



20. August 2025 | Tarik Cyril Amar

Die Aussichten auf ein Ende des Ukraine-Krieges waren trotz der anhaltenden, wenn auch schwindenden Versuche Westeuropas, sich als Spielverderber zu betätigen, noch nie so gut, natürlich mit Ausnahme des vom Westen sabotierten Beinahe-Friedens im Frühjahr 2022. Seitdem ist viel Wasser – oder besser gesagt Blut – unter dieser Brücke geflossen, die nicht beschriftet wurde.

Nun besteht die reale Chance, dass die Präsidenten Russlands und der USA, Wladimir Putin und Donald Trump, sowohl das Zelensky-Regime in Kiew als auch seine verbleibenden Unterstützer in den NATO-EU-Ländern dazu zwingen – wenn man so will, „überzeugen“ –, zur Realität zurückzukehren: nämlich, wenn auch stillschweigend, zu akzeptieren, dass Russland den Bodenkrieg gewinnt und ein späterer Frieden nur weitere unnötige Verluste für die Ukraine und ihre westlichen Nutzer mit sich bringen wird.

Nichts außer dem Tod ist sicher, bis es Vergangenheit ist. Dieser Frieden liegt noch in der – hoffentlich nahen – Zukunft. Dennoch können wir bereits über seine Folgen nachdenken. In Bezug auf die 32 europäischen Länder, die entweder der NATO, der EU oder beiden angehören, geschieht dies in der Regel mit Blick auf die militärische Haltung, die Außenpolitik und die Wirtschaft (seltsamerweise in dieser Reihenfolge). Wie lange wird es beispielsweise dauern, bis die hysterischen Vorhersagen eines russischen Angriffs auf zumindest die baltischen Staaten, wenn nicht sogar auf Warschau, Berlin und – wer weiß – Luxemburg, nachlassen? Was wird aus dem neuen, von Monster-Schulden angetriebenen Militarismus? Werden die NATO-EU-Europäer jemals wieder vernünftig genug sein, um die Diplomatie und die Zusammenarbeit mit Russland wiederzuentdecken? Wenn

ja, wann? Vor oder nach ihrem endgültigen Zusammenbruch unter der Last der Energiepreise, der Deindustrialisierung und der Staatsverschuldung?

Die Antwort auf alle oben genannten Fragen hängt davon ab, wie sich die Innenpolitik der wichtigsten europäischen Staaten entwickelt. In dieser Hinsicht ist die wichtigste Frage die nach der Zukunft der derzeit aufstrebenden, ja sogar boomenden Neuen Rechten in Europa (ein Oberbegriff für Parteien, die gemeinhin als „rechtspopulistisch“, „rechtsradikal“ oder „rechtsextrem“ bezeichnet werden). Diese Logik funktioniert aber auch umgekehrt. Wenn der Krieg in der Ukraine weitgehend zu Moskaus Bedingungen endet, wie es derzeit sogar Washington unterstützt, wird dieser Frieden unweigerlich die Politik innerhalb der NATO-EU-Europa und insbesondere die Chancen der Neuen Rechten beeinflussen.

Der Vormarsch der Neuen Rechten ist in drei Schlüsselstaaten besonders bedeutend: Frankreich, Deutschland und Großbritannien. Ihnen ist gemeinsam, dass ihre jeweiligen Parteien der Neuen Rechten – Rassemblement National (RN), Reform UK und Alternative für Deutschland (AfD) – in den nationalen Umfragen [führen](#). Dies ist zwar auch in mehreren anderen europäischen Staaten wie Spanien und Österreich der Fall, doch sind die Fälle Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands aufgrund ihres wirtschaftlichen und politischen Gewichts besonders.

Der Aufstieg der Neuen Rechten ist keineswegs neu. Er hat sich seit etwa zwei Jahrzehnten angebahnt, und für einige Beobachter ist ihr Triumph bereits eine vollendete Tatsache: Im vergangenen Frühjahr, im Vorfeld der EU-Parlamentswahlen, [räumte Politico ein](#), dass die „langjährigen Bemühungen“, die Neue Rechte aus der Regierung fernzuhalten, „offiziell vorbei“ seien.

Das stellte sich als etwas verfrüht heraus: In Österreich, Deutschland und Frankreich basieren die aktuellen Regierungsbildungen nach wie vor auf dem Ausschluss der Neuen Rechten. Doch manchmal ist „verfrüht“ auch ein anderes Wort für „prophetisch“. Der Druck seitens der Parteien der Neuen Rechten hat nicht nachgelassen, sondern zugenommen. Die aktuellen Maßnahmen, ihre Unterstützung in der Bevölkerung um jeden Preis zu ignorieren, wirken verzweifelt und könnten in naher Zukunft völlig scheitern.

Nehmen wir zum Beispiel die Fälle Deutschland und Rumänien. Für Ian Bremer, einen bekannten amerikanischen Geopolitikberater, Kommentator und zuverlässigen Vertreter der Mainstream-Linie der Zentrumspartei, [stehen sie für den Erfolg](#) bei der Abwehr der Neuen Rechten. Ironischerweise sind beide Fälle jedoch aufschlussreich, aber nicht aus den Gründen, die Bremer vermutet. In Deutschland und Rumänien, erinnert er uns, haben die Wahlen in diesem Jahr zu Zentrumsregierungen geführt, „trotz eines Anstiegs der Unterstützung für die extreme Rechte“.

Was Bremer vergisst zu erwähnen, ist, dass diese Siege der Mitte in beiden Fällen das Ergebnis von Unfairness waren. In Rumänien, am Rande der EU, waren die Methoden [besonders brutal und schamlos](#). Eine massive Herausforderung durch die neue Rechte unter Calin Georgescu konnte nur durch eklatante Rechtsmanipulationen gestoppt werden. Ohne diese hätte Bukarest bereits einen Präsidenten der Neuen Rechten, genau wie Warschau.

In Deutschland, dem Land der Ordnung und Regeln, ging es nur etwas subtiler zu. Um Berlin trotz des durchschlagenden Wahlerfolgs der AfD unter der Kontrolle der Mitte zu halten, wurden zwei Dinge getan, eines „nur“ gegen den Geist der Verfassung, das andere höchstwahrscheinlich entwe-

der buchstäblich unglaublicher Inkompetenz oder vorsätzlicher Wahlfälschung gleichkommend, auch wenn es lokal durchgeführt wurde.

Die sogenannte „Firewall“ (ein Euphemismus), eine Politik des Establishments, die AfD anders als alle anderen Parteien zu behandeln und sie von der Koalitionsbildung auszuschließen, verstößt gegen grundlegende Fairness und den Geist des deutschen Grundgesetzes, da sie die Stimmen der AfD-Wähler faktisch [als weniger wertvoll behandelt](#). Das macht einen echten und entscheidenden Unterschied. Ohne die „Firewall“ würde bereits eine Koalition aus Neuer Rechter und Mitte in Berlin regieren.

[Der andere schmutzige Trick](#), ohne den die derzeitige deutsche Regierung nicht hätte gebildet werden können, bestand darin, eine große Anzahl von Stimmen – niemand weiß genau, wie viele, da die dringend erforderliche landesweite Neuauszählung verzögert wird – für die aufstrebende Herausforderin der Linken, Sarah Wagenknechts BSW, irgendwie „verloren zu gehen“. Andernfalls hätte die BSW mit ziemlicher Sicherheit genügend Sitze im neuen Parlament errungen, um die derzeitige Regierungskoalition rechnerisch unmöglich zu machen: Die deutsche Demokratie hat die zweifelhafte – wenn auch nicht einzigartige – Besonderheit, sowohl ihre neuen rechten als auch ihre neuen linken Parteien systematisch benachteiligt zu haben, um sich selbst vor den Bürgern zu „retten“.

Fügt man noch den Fall Frankreichs hinzu, ein weiteres Land, in dem das Wahlergebnis schamlos manipuliert wurde, um sowohl die Wähler der Neuen Rechten als auch der Neuen Linken faktisch zu entrechten, wird die Frage noch offensichtlicher. Wie viel mehr von dieser Art von Trickserei muss es noch geben, bevor das Wort „Demokratie“ jegliche Bedeutung verliert, die es noch haben mag? Entscheidend ist daher, dass die Methoden, mit denen die europäischen Zentristen den Vormarsch der Neuen Rechten aufhalten wollen, die Glaubwürdigkeit der Zentristen untergraben und die der Neuen Rechten stärken. Ganz zu schweigen von dem offensichtlichen Aufschwung, den die europäische Neue Rechte durch den Erfolg ihrer US-amerikanischen Variante erhält.

Nun sind wir also hier. Angetrieben von den Sorgen der Wähler über Einwanderung, Wirtschaft, soziale und kulturelle Normen und das allgemeine Desinteresse der zynischen Eliten, geht die neue Rechte Europas in die Offensive. Die Verteidigung der Mitte ist verzweifelt und kontraproduktiv. Und Hilfe von „Papa“ jenseits des Atlantiks wird nicht für die Mitte kommen, sondern für die Neue Rechte. Zwar ist ihr Vorsprung (noch) nicht überwältigend, und aufgrund des Zeitplans der nationalen Wahlen sowie der Komplikationen bei der Koalitionsbildung ist es noch zu früh für eindeutige Prognosen, aber eines ist sicher: Es besteht die reale Möglichkeit eines oder mehrerer innenpolitischer Erdbeben mit weitreichenden Folgen für die internationale Politik.

Es ist kein Wunder, dass die russische Führung [kein Geheimnis](#) daraus macht, dass sie aufmerksam beobachtet, was ihr Recht und sogar ihre Pflicht als Teil der Sorgfaltspflicht in der Außenpolitik ist. Denn die offensichtliche Frage lautet: Was würde die Beteiligung oder sogar die Dominanz der Neuen Rechten in der Regierung Frankreichs, Deutschlands und Großbritanniens bedeuten, den drei problembelasteten, aber immer noch vergleichsweise mächtigen Ländern, die [die größten Volkswirtschaften](#) der NATO-EU-Europa beherbergen und traditionell auch einen Großteil der politischen Richtung vorgeben? Und wie würde sich ein Ende des Ukraine-Krieges – also ein Sieg Russlands – auf die Chancen der Neuen Rechten auswirken, diese Umwälzungen herbeizuführen?

In Frankreich, Deutschland und Großbritannien werfen Politiker der Mitte und ihre Mainstream-Medien der Neuen Rechten seit langem vor, Russland zu dienen. Echte Affinitäten in ideologischen und politischen Zielen – ob man diese Ziele nun gutheißt oder nicht, ist eine andere Frage – wurden böswillig als nichts anderes als das Ergebnis russischer Täuschungsmanöver und Bestechung missverstanden.

Seltsamerweise lässt sich dieselbe „Logik“ nicht auf die massive, fast schon unanständige Überschneidung zentristischer Positionen anwenden, die beispielsweise den Atlantizismus hervorgebracht hat. Wenn sich Europäer, wie die Regel impliziert, Washingtons Positionen anschließen, muss dies ihre freie Entscheidung sein und kann unmöglich etwas mit amerikanischem Einfluss zu tun haben, der beispielsweise über Mainstream-Medien, Think Tanks und natürlich auch über verdeckte Kanäle kanalisiert wird. Aber wenn Europäer überhaupt den Wunsch zeigen, Moskaus Positionen zumindest zu verstehen, dann muss das schlicht und ergreifend etwas sein, wozu die großen, bösen Russen sie gezwungen haben.

In dieser Hinsicht dürfte ein Ende des Ukraine-Krieges den europäischen Zentristen eines ihrer beliebtesten Werkzeuge der neo-mccarthyistischen Hetze gegen die Neue Rechte nehmen. In Großbritannien beispielsweise hat die regierende Labour-Partei gerade eine [neue Kampagne](#) gestartet, die explizit darauf abzielt, Reform UK und ihren Vorsitzenden Nigel Farage zu schädigen, indem sie die lokale Version des albernen Russland-Russland-Russland-Themas aufgreift.

In der deutschen AfD wurden einige Politiker, die als zu russlandnah galten, einfach [marginalisiert](#), um ein insgesamt weniger russlandfreundliches Image zu erzeugen. Doch glücklicherweise ist dies nur ein oberflächlicher Effekt, der auf den Druck der Medien zurückzuführen ist. Ein Beispiel dafür sind die jüngsten X-Posts der wichtigsten AfD-Politikerin Alice Weidel. Weidel hat unaufhörlich den [aggressiven Kurs](#) der deutschen Regierung und ihre [Milliardenverschwendung](#) für die Bewaffnung der Ukraine kritisiert. Sie fordert weiterhin eine [Normalisierung](#) der Beziehungen zu Russland durch eine realistische, an den [deutschen nationalen Interessen](#) ausgerichtete Außenpolitik.

Frieden in und um die Ukraine dürfte Europas Neue Rechte nützen und den europäischen Zentristen das Leben noch schwerer machen. Die Zentristen verlieren eines ihrer wichtigsten Instrumente, um in ihrer Bevölkerung Kriegsängste zu schüren. Die Neue Rechte wird weniger anfällig für den Vorwurf, Russlands fünfte Kolonne zu sein, während ihre realistischen und konstruktiven Positionen in der Russlandpolitik nur noch glaubwürdiger werden.

Schließlich, wenn der Frieden einkehrt, könnten der Krieg und diejenigen im Westen, die ihn provoziert und verlängert haben, endlich der intensiven Prüfung unterzogen werden, die sie verdienen. Eine ehrliche, kritische Bewertung der blutigen Torheit des Zentristen-Krieges – einschließlich Politiker, Experten und Mainstream-Medien – würde den Einfluss der Zentristen weiter untergraben. Jeder weiß, dass der Krieg in der Ukraine große Veränderungen für Europa mit sich gebracht hat. Und das könnte auch der Frieden in der Ukraine tun.